

Flugplatz: Widersprüche aus Gladbach abgelehnt

LANDEBAHN Wenn die Flughafengesellschaft weiter auf eine längere Landebahn dringt, muss sie nochmal ganz neu einsteigen.

Vier Widersprüche der Flughafengesellschaft Mönchengladbach sind von der Bezirksregierung abgelehnt worden. Im Dezember hatte die Flughafengesellschaft mit diesen Widersprüchen das Aus für den Ausbau ihres Verkehrslandeplatzes verhindern wollen. Offiziell hat Düsseldorf sein Nein noch nicht bekannt gegeben. Aber zu den Willicher Flughafen-Gegnern sind die Details schon durchgedrungen.

Die Bezirksregierung soll unter anderem entschieden haben, dass die Gebühren, die unter Vorbehalt im November 2007 gezahlt wurden, nicht zurückerstattet werden sollen. Es handelt sich dabei um einen Betrag in Höhe von 350 000 Euro.

Miteignerin will 1850-Meter-Bahn sowieso nicht weiter verfolgen

Das Altverfahren zum Antrag vom November 2003 zum Neubau einer Start- und Landebahn bleibt beendet. Das Gleiche gelte für den Antrag vom September 2007 auf Verlängerung der bestehenden Bahn auf 1850 Meter. Diesen „Hilfsantrag“ für eine abgespeckte Lösung wertet die Bezirksregierung als Ankündigung eines neuen Antrags. Dann aber müsste ein neues Planfeststellungsverfahren beantragt werden.

Die „Kurz-Variante“ hatte der daraufhin vom Düsseldorfer Mehrheitsgesellschafter gefeuerte Gladbacher Flughafen-Chef Hans-Joachim Peters bei der Bezirksregierung beantragt. Auf Druck dieser „Mehrheit“ hatte die mit 30 Prozent beteiligte Miteignerin NVV AG entschieden, die 1850-Meter-Bahn nicht weiter zu verfolgen.

Gegen den Widerspruchsbescheid kann die Flughafengesellschaft innerhalb eines Monats beim Oberverwaltungsgericht in Münster klagen. *ok*



Die Widersprüche der Flughafengesellschaft sind abgelehnt. Foto: Knappe